



# SPD-Fraktion im Verbandsgemeinderat Langenlonsheim-Stromberg

Langenlonsheim, 29. April 2020

## Pressemitteilung

### **SPD-Fraktion überrascht über Selbstbedienungsmentalität von CDU und FLLS**

Mit zehn Änderungsanträgen zum Entwurf der neuen Hauptsatzung der Verbandsgemeinde Langenlonsheim-Stromberg hat sich die SPD-Fraktion konstruktiv in die erste Sitzung des Verbandsgemeinderates am 29. April 2020 eingebracht. Wichtige Themen, wie z.B. die Ausstattung des neuen Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz mit Finanzmitteln und die Streichung der von der Koalition aus CDU und FLLS vorgesehenen Wegstreckenentschädigung konnten durchgesetzt werden. Einen neuen Ausschuss für Jugend, Soziales und Senioren wird es allerdings nicht geben. „Ich finde es trotz unserer Erfolge sehr schade, dass konstruktive Vorschläge, die den Schwächeren in unserer VG eine Stimme gegeben hätten, keine Mehrheit im Rat bekommen haben,“ sagte Udo Wirth, der Vorsitzende des SPD-Gemeindeverbands. „Ich hoffe sehr, dass sich dies in der laufenden Legislatur so nicht fortsetzen wird!“ Matthias Schütte, der Fraktionssprecher der SPD-Fraktion, ist besonders wegen der von der Ratsmehrheit aus CDU und FLLS beschlossenen Erhöhung der Sitzungsgelder unzufrieden. „In einer Zeit, in der wir wegen der Corona-Krise mit stark sinkenden Einnahmen der Kommunen rechnen müssen, genehmigt sich die neue Koalition erstmal eine ordentliche Erhöhung der Sitzungsgelder. Wenn man bedenkt, dass das Sitzungsgeld in der alten VG Stromberg vorher 18,00 Euro und in der alten VG Langenlonsheim 30,00 Euro betrug, muss man schon fragen, wie diese massive Erhöhung begründet ist. Ich hoffe sehr, dass diese Großzügigkeit sich dann auch bei Projekten für den Klimaschutz und bei sozialen Projekten wiederfindet. Daran werden wir die Koalition messen.“ Die SPD-Fraktion stimmte geschlossen gegen die Erhöhung und wird überlegen, wie das zusätzliche Geld über Spenden an die Vereine der VG zurückfließen kann.

Weiterhin setzte sich die SPD für eine Gleichbehandlung der beiden Bäder ein, die sich in der Trägerschaft der VG befinden. Im Entwurf der Hauptsatzung war vorgesehen, dass die Zuständigkeit für das Panoramabad im Werksausschuss und für das Freibad in Langenlonsheim im Bauausschuss angesiedelt ist. „Das macht aus unserer Sicht überhaupt keinen Sinn“, so Anke Denker. „Warum sollen die Eintrittspreise für das Panoramabad und für das Freibad in zwei verschiedenen Ausschüssen diskutiert werden?“ Der Rat beschloss immerhin, dass die Bäder zukünftig von einem Ausschuss behandelt werden. Schließlich sprachen sich die Ratsmitglieder der SPD dagegen aus, dass Rechtsgeschäfte zwischen der VG und dem Bürgermeister bzw. den Beigeordneten bis zu einer Wertgrenze von 25.000,00 Euro vom Haupt- und Finanzausschuss genehmigt werden dürfen. „Aus unserer Sicht ist dies ein absolutes No-Go“, betont Schütte. „Alle Rechtsgeschäfte der Verwaltungsmitglieder mit der Verbandsgemeinde gehören in den Verbandsgemeinderat, alleine schon aus Transparenzgründen.“ „Mangelnde Transparenz, Selbstbedienungsmentalität, und wenig Bürgerbeteiligung. Ein sehr durchwachsender Start in die neue VG“, fasst Wirth die erste VG-Ratssitzung zusammen. „Immerhin gibt es zukünftig wenigstens einen Digitalisierungsausschuss, der Umweltausschuss hat ein Budget und wir haben der Verwaltung und dem Haushalt die Wegstreckenentschädigung erspart.“, zieht Schütte sein Resümee. Ein eher verhaltener Start in neuen VG-Rat.